

des geplanten Erlasses eines sogenannten Gesetzes gegen Volksverhetzung durch die Bonner Regierung. Es sei beabsichtigt, die über die antisemitischen Ausschreitungen empörte Öffentlichkeit unter Hinweis auf dieses Gesetz zu beschwichtigen. Gleichzeitig bestehe die Gefahr, daß dieses Gesetz in der gleichen Weise angewandt wird wie das Weimarer Republikenschutzgesetz. Dieses sollte zwar nach dem Willen der bürgerlich-demokratischen Kräfte, deren Sprecher der damalige Reichskanzler Wirth war, die Republik gegen rechtsradikale Kreise schützen, wurde später jedoch ausschließlich gegen die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte angewandt.

Der Arbeiter Joswiakowski aus dem VEB Elektrokohle Berlin, Mitglied einer sozialistischen Jugendbrigade, machte plastisch, wie durch die vorbildliche Arbeit in den sozialistischen Betrieben unsere sozialistische Demokratie sich ständig breiter entfaltet, wie sich das Antlitz des neuen, sozialistischen Menschen in den Brigaden der sozialistischen Arbeit im Kampf um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes formt und herausbildet. Er stellte heraus, daß die Mitglieder seiner Brigade, wie alle Arbeiter, sich zunehmend bewußt werden, daß sie mit ihrem gemeinsamen Ringen um die Erfüllung und Übererfüllung der Pläne einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Bändigung des westdeutschen Militarismus leisten, die Friedensmacht stärken helfen und die westdeutschen Kollegen in ihrem Kampf um eine parlamentarisch-demokratische Ordnung unterstützen.

Zum Schluß der Tagung ergriff Staatssekretär Dr. Toeplitz das Wort: „Es gibt keine Rechtfertigung für die Bonner Notstandsgesetzgeber, auch keine aus christlicher Sicht.“ Die Notstandsgesetzgebung solle nur das Hinterland für die aggressive Außenpolitik Bonns sichern. Das aber lenke den Blick auf die Rolle Bonns im internationalen Leben. Staatssekretär Toeplitz führte aus, daß die Wege zur Entspannung der

weltpolitischen Situation nicht geradlinig verlaufen. Es gebe viele Maßnahmen der imperialistischen Großmächte, die der Entspannungstendenz entgegenwirkten. Aber von allen spiele Bonn die Rolle des -Hauptstörfrieds. Ziel der Politik dieses Staates sei es einzig, die Folgen des zweiten Weltkrieges zu korrigieren und rückgängig zu machen. Die Erklärung der Warschauer Vertragsmächte habe jedoch zum wiederholten Male die geeinte Kraft des sozialistischen Lagers offenbart und habe auch auf Bonn abkühlend gewirkt. Die DDR schlage als entscheidenden Schritt zur Erhaltung des PTiedens den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten vor. Das bedeute die endgültige Bestätigung der schon einmal im Potsdamer Abkommen rechtswirksam festgelegten Grenzen Deutschlands, das bedeute, einen wichtigen Schritt zur endgültigen Liquidierung des westdeutschen Revanchismus und Militarismus zu tun. Entgegen der Haltung Adenauers, der nicht nur auf eine Teilnahme an der Gipfelkonferenz verzichte, sondern jetzt auch verstärkt versuche, jegliches sachliche Übereinkommen der Pariser Verhandlungspartner zu verhindern, sollte zur Darlegung des deutschen Standpunktes durchgesetzt werden, daß eine gemeinsame Friedensvertragsdelegation nach Paris fährt.

Die Konferenz sollte helfen, in der Öffentlichkeit das ganze Ausmaß der Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus in seiner letzten Lebensphase deutlich zu machen. Daraus sollte die Einsicht in die Größe der Verantwortung eines jeden guten Deutschen erwachsen, die zur Tat, zum täglichen Handeln drängt, gleichviel ob durch große Arbeitsleistungen in der Realisierung des Siebenjahrplanes der DDR oder im gemeinsamen Kampf der Friedensfreunde in Westdeutschland für eine parlamentarisch-demokratische Ordnung.

Man darf feststellen, daß die Konferenz dazu beigetragen hat.

Der Entwurf des Bonner Parteiengesetzes dient der Vorbereitung der Notstandsdictatur

Von MAX SCHMIDT, Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“

Am 19. Februar stand ein Gesetz zur ersten Lesung auf der Tagesordnung des westdeutschen Bundestages, das sich haargenau in die Pläne der Bonner Regierung zur Errichtung der Notstandsdictatur einfügt und eines der wichtigsten Glieder der vorbereiteten Notstandsgesetze darstellt: Der Entwurf für ein sog. Parteien-gesetz¹.

I

Die Bonner Regierung legt dieses Parteiengesetz zu einem Zeitpunkt vor, da das Adenauerregime durch sein Festhalten an der Atomrüstung und Aggressionsvorbereitung immer mehr in die internationale Isolation gerät, da der Gegensatz zwischen der Existenz der Nation gefährdenden Politik Bonns und der wahrhaft nationalen Politik der DDR immer stärker hervortritt und sich die Widersprüche zwischen dem militaristisch-klerikalen Regime und der friedliebenden Bevölkerung Westdeutschlands zusehends verschärfen. Bis in die Kreise der Bourgeoisie und der CDU/CSU hinein wächst in der Bevölkerung Westdeutschlands die Erkenntnis, daß die Politik Bonns die Gefahr des atomaren Kriegsbrandes heraufbeschwört. Daher wächst die Forderung nach einer Wende in der westdeutschen Politik, nach wirklich friedlich-demokratischen Verhältnissen. Es entwickelt sich der Widerstand gegen den politischen und sozialen Kurs der Bonner Regierung; neue Aktionen finden statt, denen sich immer mehr Menschen anschließen².

¹ Drucksache 1509 des Bundestages.

² Das drückt sich gegenwärtig besonders in Aktionen und Protesten gegen die nazistischen Umtriebe in der Westzone und die geplante Krankenkassenreform aus.

Gleichzeitig mit diesen Aktionen wird auch die Forderung nach dem Verbot der militaristischen und revanchistischen Betätigung von Parteien und Organisationen, nach freier Betätigung aller demokratischen Parteien und Organisationen und auch nach Aufhebung des Verbots der KPD erhoben. Die oppositionellen Kräfte der SPD sammeln sich, entwickeln die Forderung nach einer selbständigen Politik ihrer Partei im Interesse der Arbeiterklasse und aller Friedenskräfte. Die Nürnberger Monatsschrift „Die Tribüne“ schrieb in ihrer Septemerausgabe 1959 unter der Überschrift „Legalität der KPD — ein politisches Gebot“ folgendes: „Das Verbot der KPD ist eine Frucht des kalten Krieges. Die Aufhebung des Verbots wäre ein Beitrag, zur Entspannung, zur raschen Liquidierung des kalten Krieges.“

Das antinationale, historisch überlebte Bonner Regime befindet sich in einem Dauerzustand der inneren Unsicherheit. In ihrer Schwäche suchen die herrschenden imperialistischen Kräfte den wachsenden Volkswiderstand gegen ihre antinationale Politik der Atomauf-rüstung durch die zunehmende Anwendung faschistischer Methoden zu unterdrücken und gleichzeitig die militaristischen und revanchistischen Kräfte zu noch intensiverer Tätigkeit zu ermuntern. Das Parteien-gesetz soll dazu ein weiteres Mittel sein.

Man muß klar aussprechen, wozu es dabei geht: Hier ist die verhüllte Neuauflage des Bismarckschen Sozialistengesetzes im Entstehen, hier feiert Hitlers Gesetz gegen die Neubildung von Parteien, das die Diktatur der Nazi-partei sicherte, in verfeinerter Form Auferstehung. Die Diktatur der CDU/CSU, die die